

# Mit Recht in die Zukunft

## Erfolge unserer Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter

Der Schutz und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und die Erhaltung der Zukunftschancen der Jugend sind Kernanliegen unserer rechtspolitischen Arbeit. Schwerpunkte der Arbeit des Justizministeriums sind daher die Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität, von Drogenmissbrauch und Drogenkriminalität, der Opferschutz, die rechtliche Sicherheit für Unternehmen und Bürger und die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität. Dazu wurden zahlreiche gesetzliche aber auch organisatorische Maßnahmen ergriffen.

### **Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität**

Vernachlässigung und Misshandlung von Kindern, Straftaten von Jugendlichen oder gar Kindern, Drogenkriminalität und Gewaltkriminalität bedrohen die Sicherheit der Bevölkerung und zerstören die Chancen der jungen Menschen auf ein gelingendes Leben in sozialer Verantwortung.

#### **Die CDU hat gehandelt:**

Die interministerielle Arbeitsgruppe „NRW-Initiative zur Bekämpfung der Kinder- und Jugendkriminalität“ soll Prävention und konsequente Ahndung durch das Zusammenwirken der Ressorts sicherstellen.

Von den Maßnahmen aus dem Bereich der Justiz seien beispielhaft genannt: 90 Staatsanwalts- und Richterstellen im Haushalt 2009 (davon allein 60 zur Bekämpfung der Jugendkriminalität), Halbierung der Wartezeit vor der Vollstreckung von Jugendarresten durch die Erhöhung der Zahl der Jugendarrestplätze von 180 auf 250, Anzeigepflicht für Schulen bei Straftaten von einigem Gewicht, insbesondere bei Drogenhandel, sowie die Verbesserung der beruflichen und gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Jugendlichen nach der Haftentlassung.

### **Opferschutz und Opferhilfe**

Opfer von Straftaten leiden oft lange Zeit unter den Folgen – sowohl wirtschaftlich als auch psychisch. Der beste Opferschutz ist die wirksame Bekämpfung der Kriminalität und der Schutz vor Rückfalltätern. Den Belangen der Opfer muss auch im Strafverfahren Rechnung getragen werden. Hilfen für Opfer müssen schnell erreichbar sein. Deshalb muss der Schutz und die Betreuung von Kriminalitätsoptionen verbessert und das Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden, verringert werden.

#### **Die CDU hat gehandelt:**

Bundesratsinitiativen zur Effektivierung des Strafverfahrens und zur Ermöglichung der Wiederaufnahme zu Lasten des zu Unrecht freigesprochenen Angeklagten bei schwersten Straftaten dienen den Belangen von Verbrechensoptionen ebenso wie die zusätzliche Überprüfung der Gutachten bei Vollzugslockerungen für Gewalt- und Sexualstraftäter. Durch eine Informationskampagne zur erleichterten Durchsetzung von Schadensersatzansprüchen im Strafverfahren wird den Opfern von Straftaten ein zweiter (Zivil-)Prozess erspart. Im Internet finden Kriminalitätsoptionen unter [www.opferschutz.nrw.de](http://www.opferschutz.nrw.de) übersichtlich und schnell Informationen über ihre Rechte und Adressen von Opferhilfeorganisationen.

Frauen-Union NRW  
Wasserstraße 5  
40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211 / 1360035

[www.fu-nrw.de](http://www.fu-nrw.de)  
[info@fu-nrw.de](mailto:info@fu-nrw.de)

## Rechtssicherheit und Gerechtigkeit in der Wirtschaft

Sicherheit heißt auch Rechtssicherheit. Die Menschen, die sich im modernen Wirtschaftsleben bewähren müssen, brauchen eine wertorientierte und damit zukunftsgerichtete Politik und eine unnachsichtige Bekämpfung von Kriminalität.

### Die CDU hat gehandelt:

Neben dem elektronischen Handelsregister bietet die elektronische Grundbucheinsicht schnell und sicher grundlegende Informationen für den Rechtsverkehr, mit der Initiative zur Einführung einer Gründer-GmbH wurde der Anstoß für die Reform des GmbH-Rechts gegeben, die heute die Unternehmensgründung erleichtert. Für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität wurden Staatsanwalts- und Richterstellen geschaffen und moderne Technik für Ermittlungsgruppen entwickelt.

## Sicherer Strafvollzug und Rückfallvermeidung

Menschen, die straffällig geworden und deshalb inhaftiert sind, sollen in der Haft die Fähigkeit erwerben, in unsere Wertegemeinschaft zurückzukehren und ein verantwortungsvolles straffreies Leben zu führen. Deshalb muss der Behandlungsvollzug verbessert, das Problem der Drogenabhängigkeit im Vollzug bekämpft, die Begutachtung vor Lockerungsentscheidungen gestärkt und die Situation der Bediensteten im allgemeinen Vollzugsdienst verbessert werden.

### Die CDU hat gehandelt:

Über 650 Millionen Euro sind in die Modernisierung und Erweiterung von Haftanstalten investiert worden, dadurch entstehen ca. 2.500 neue Haftplätze. Das am 1.1.2008 in Kraft getretene Jugendstrafvollzugsgesetz vereint die strikte Durchsetzung eindeutiger Regeln mit zukunftsgerichteter Erziehung, das Untersuchungshaftvollzugsgesetz schafft erstmals eine gesetzliche Grundlage für den Vollzug der Untersuchungshaft, in der neu eingerichteten psychiatrischen Abteilung des Justizvollzugskrankenhauses können psychisch kranke Gefangene stationär behandelt werden. Neu geschaffene Jungtäterabteilungen schaffen die Voraussetzung für die gezielte Förderung junger Erwachsener, gesicherte Zugangsabteilungen in allen Anstalten des offenen Vollzuges schaffen Sicherheit für die Bevölkerung und höhere Verlässlichkeit der Vollzugsprognose.

## Drogenbekämpfung

Legale und illegale Drogen sind ein entscheidender Faktor bei der Kriminalität Jugendlicher und Erwachsener. Mehr als 40 Prozent der Inhaftierten in den nordrhein-westfälischen Haftanstalten haben Drogenmissbrauch getrieben. Die Bekämpfung des Drogenmissbrauchs in und außerhalb von Vollzugsanstalten ist zentraler Punkt unserer Politik.

### Die CDU hat gehandelt:

Änderung des Drogenlasses, damit durch erfahrbare Reaktionen gerade Jugendlichen die Gefahren des Drogenkonsums deutlich gemacht werden. Die Mittel für Drogenberatung für Inhaftierte wurden um 40 Prozent aufgestockt. Damit die Bemühungen um die Drogentherapie in den Haftanstalten nicht durch eingebrachte Drogen zunichte gemacht werden, wird der Einsatz von Drogenspürhunden in Haftanstalten vorbereitet. Eine Änderung des Betäubungsmittelgesetzes soll die Strafdrohung für das Einbringen von Drogen in Vollzugsanstalten erhöhen.

## Stärkung des Rechtsstaats

Recht und Justiz bieten den Menschen in unserem Land einen verlässlichen Rahmen, in dem sie sich entfalten können. Diese Kernaufgabe des Staates zu fördern und zu stärken ist Ziel unserer Politik. Daher müssen der Personalabbau im richterlichen und staatsanwaltlichen Dienst beendet, die sachgerechte Ausstattung mit moderner Technik und dem erforderlichen personellen Unterbau forciert und Justizverfahren vereinfacht werden.

### Die CDU hat gehandelt:

Der Stellenabbau in Gerichten und Staatsanwaltschaften wurde gestoppt. Dem Bürger wurden verlässliche Informationen und Antragstellung in Register- und Mahnsachen über das Internet ermöglicht. Mit Bundesratsinitiativen zu Prozessrecht, Gerichtsorganisation, Strafrecht und Beratungshilfe soll die Rechtsgewährung auch in Zukunft auf einem hohen Niveau erhalten und die Gerichtsorganisation effizient gestaltet werden.

